Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

17.06.1993 - Beschlußprotokoll 34. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
34. Sitzung
17. 06. 93
Nr. 13/496 — 13/515

Nr. 13/496

Empfehlungen zur Schulentwicklung — Bericht der Kommission zur Weiterführung der Schulreform in Bremen
Mitteilung des Senats vom 2. März 1993
(Drucksache 13/510)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/497

Verkürzung der gymnasialen Schulzeit
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. März 1993
(Drucksache 13/523)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/498

Bericht der Schulreformkommission
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 6. Mai 1993
(Drucksache 13/548)

Der „Innovation und Kontinuität" überschriebene Bericht der „Kommission zur Weiterführung der Schulreform" bewertet das bremische Schulwesen und weist Entwicklungsmöglichkeiten.

Es ist deshalb geeignet, als Grundlage für künftige inhaltliche Entscheidungen zu dienen.

Innovation — Weiterentwicklung des Schulwesens von innen heraus — kann sich jedoch nur vollziehen, wenn sich alle Beteiligten — Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und die Verwaltung — in einem gewandelten Verständnis von Dienstleistung auf einen solchen Reformprozeß einlassen, ihn annehmen und tragen.

Deshalb möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Der Bericht der Reformkommission ist ein wichtiger Bestandteil für die Weiterentwicklung des bremischen Schulwesens.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senator für Bildung und Wissenschaft auf, Diskussionsprozesse mit allen Beteiligten anzuregen und den Diskussions- und Planungsstand in einem ersten Bericht der Deputation für Bildung bis Ende 1993 vorzulegen.
3. Um eine größere Kontinuität der Schülerlaufbahnen zu erzielen und mehr Durchgängigkeit zwischen den Schulstufen zu erreichen, sollen Hospitationen und wechselseitiger Lehreraustausch zwischen Grundschule und Orientierungsstufe, zwischen Orientierungsstufe und den Klassen 7 bis 10 sowie zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II verbindlich eingeführt werden.

4. Dort, wo Schulen sich in enger räumlicher Nachbarschaft kooperierend zusammenschließen wollen, um durchgängige Systeme von Klasse 1 bis 10 (13) oder von Klasse 7 bis 13 zu bilden, sollen diese Vorhaben unterstützt werden.

5. An einem geeigneten Standort soll ein Schulversuch mit einer sechsjährigen Grundschule durchgeführt werden.

6. Neben den Projekten „Volle Halbtagsschule" und „Betreuungsschule" sollen an mindestens zwei weiteren Grundschulen reformpädagogische Schulversuche durchgeführt werden, um die innere Schulreform voranzutreiben.

7. Es wird angestrebt, den muttersprachlichen Unterricht an der Grundschule auszuweiten.

8. Die durch Anderthalbfach-Zählung der Ausländerkinder zugewiesenen Lehrerstunden sollen separat ausgewiesen und zum Ausgleich von Benachteiligung eingesetzt werden.

9. Die vielfältigen Kooperations- und Integrationsansätze an den Schulzentren, wie z. B. schulartenübergreifende Angebote, sollen gestärkt und weiterentwickelt werden.

10. Im Bereich der Sekundarstufe I ist die freie Schulwahl innerhalb der Bezirksgrenzen entsprechend den Empfehlungen der Schulreformkommission zu prüfen.

11. Die Integration von Sonderschülern und -schülerinnen in Bildungsgängen der Regelschule ist weiterzuentwickeln.

12. Neue Vorhaben für Doppelqualifikationen werden grundsätzlich mit Schwerpunkt im beruflichen Schulwesen eingeleitet.

13. Die einzelnen Schulen sollen größere Entscheidungs- und Handlungsspielräume erhalten. Damit dieser Prozeß erfolgreich sein kann, müssen Lehrer, Eltern und Schüler diese Herausforderung annehmen und lernen, neue Kompetenzen verantwortlich wahrzunehmen. Die Schulverwaltung berät und unterstützt die Schulen bei diesem Prozeß. Zukünftig sollen Schulen im Rahmen der schulgesetzlichen Vorgaben eigenverantwortlich ihren Personaleinsatz, ihre Organisationsplanung sowie inhaltliche Schwerpunktbildungen vornehmen können. Dazu gehört auch die Verwaltung eines eigenen Teilbudgets.

14. Fortbildung und Weiterbildung gewinnen in einer sich wandelnden Schullandschaft einen größeren Stellenwert. Das WIS (Wissenschaftliches Institut für Schulpraxis) muß stärker als bisher seine Dienstleistungen in die Unterrichtspraxis einbringen und den Erfahrungsaustausch zwischen Schulen sowie zwischen den Lehrern und Lehrerinnen organisieren. Die starre Rollenverteilung zwischen Lehrenden und Lernenden in der Fortbildung soll zugunsen eines demokratischen Lernprozesses aufgehoben werden. Die Deputation für Bildung wird über die Notwendigkeit der Bestellung eines externen Gutachtens entscheiden.

15. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß noch in diesem Jahr Novellierungen des Bremischen Schulgesetzes und des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes unter Berücksichtigung der Anregungen der Schulreformkommission vorgelegt werden.

16. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senator für Bildung und Wissenschaft auf, umgehend folgende Vorlagen der Bürgerschaft (Landtag) zuzuleiten:

    — fächerspezifisches Lehrerbedarfskataster

    — Schulraumkonzept

    — Prioritätenliste für die Schulraumsanierung.

17. Maßnahmen auf der Grundlage der Empfehlungen der Reformkommission müssen sich im geltenden Finanzrahmen bewegen.

Nr. 13/499

Reform des bremischen Schulsystems
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Mai 1993
(Drucksache 13/551)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/500

Rückgabe der von den US-Streitkräften im Jahre 1954 zu Unrecht beschlagnahmten bzw. enteigneten Grundstücke in Bremerhaven (Blinksiedlung)
Antrag der Gruppe der NK
vom 15. März 1993
(Drucksache 13/519)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/501

Enteignungen für den Wohnungsbau für US-Streitkräfte in Bremerhaven
Antrag der Fraktionen der FDP, DIE GRÜNEN, der SPD und der CDU
vom 15. Juni 1993
(Drucksache 13/587)

Der Senat wird gebeten, die Vorgänge bei den Enteignungen in den fünfziger Jahren im Blink und Im Engenmoor in Bremerhaven, die zugunsten von Wohnungsbau für die US-Streitkräfte erfolgten, aufzuklären, zu bewerten und der Finanzdeputation zu berichten.

Nr. 13/502

Geriatrische Versorgungseinrichtungen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
vom 17. März 1993
(Drucksache 13/524)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. April 1993
(Drucksache 13/537)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/503

Zeit- und Maßnahmenkatalog zum Investitionssonderprogramm des Sanierungsprogramms
Mitteilung des Senats vom 23. März 1993
(Drucksache 13/530)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/504

Verwaltungsvereinbarung zur Sanierung der Haushalte der Freien Hansestadt Bremen und des Saarlandes

Mitteilung des Senats vom 1. Juni 1993
(Drucksache 13/575)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung zur Sanierung der Haushalte der Freien Hansestadt Bremen und des Saarlandes zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem übrigen Teil der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/505

Zeit- und Maßnahmenkatalog zum Investitionssonderprogramm (ISP)

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 1993
(Drucksache 13/589)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/506

Linker Terror gegen DVU

Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 1. April 1993
(Drucksache 13/532)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/507

Verzögerung der Vorbereitung für die Nutzung des Geländes der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. April 1993
(Drucksache 13/533)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. April 1993
(Drucksache 13/544)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/508

Aufstellung eines Abfallwirtschaftsplanes für das Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Februar 1993
(Drucksache 13/485)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/509

Gesetz zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften
Antrag des nichtständigen Ausschusses „Mediengesetze"
vom 29. April 1993
(Drucksache 13/546)

D a z u

Änderungsantrag des nichtständigen Ausschusses „Mediengesetze"
vom 1. Juni 1993
(Drucksache 13/577)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in geänderter Fassung in zweiter Lesung.

Nr. 13/510

Bericht des ständigen Parlamentsausschusses „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen" zum 8. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (Mitteilung des Senats vom 29. September 1992, Drs. 13/348) für die Jahre 1990/1991
vom 10. Mai 1993
(Drucksache 13/549)

Der Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt.

Nr. 13/511

Ausweitung des Freien Prüfungsversuchs auf die Lehramtsstudiengänge
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Mai 1993
(Drucksache 13/555)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Wissenschaft.

Nr. 13/512

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22
vom 18. Mai 1993
(Drucksache 13/569)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/513

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 23
vom 8. Juni 1993
(Drucksache 13/586)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/514

Wahl eines Mitglieds der Deputation für Häfen, Schiffahrt und Außenhandel

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

J. Henry W i l h e l m s

anstelle des Abgeordneten Ralf Bergen.

Nr. 13/515

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Die Zukunft der Jugendwerkstätten
   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 10. Mai 1993
   (Drucksache 13/556)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 1. Juni 1993
   (Drucksache 13/576)

2. Weiterentwicklung der Krankenhäuser im Lande Bremen
   Große Anfrage der Fraktionen DIE GRÜNEN, der FDP und der SPD
   vom 13. Mai 1993
   (Drucksache 13/565)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 8. Juni 1993
   (Drucksache 13/584)

3. Neubau der Schleuse beim Weserwehr
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 17. Mai 1993
   (Drucksache 13/566)

4. Ausbau der Schleusenkapazität Fischereihafen Bremerhaven
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 24. Mai 1993
   (Drucksache 13/570)

5. Doppelschleuse Fischereihafen
   Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und DIE GRÜNEN
   vom 26. Mai 1993
   (Drucksache 13/574)

6. Bekämpfung der Scientology-Organisation
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 25. Mai 1993
   (Drucksache 13/571)

7. Keine Entkriminalisierung des Ladendiebstahls
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 26. Mai 1993
   (Drucksache 13/572)

8. Doppelte Staatsbürgerschaft
   Antrag der Gruppe der NK
   vom 26. Mai 1993
   (Drucksache 13/573)

Druck: Hans Krohn, Bremen